



Sabine Schiffer
sschiffer@z-zukunft.eu

Anlässlich des Votums der Iren gegen den so genannten EU-Reformvertrag ist auch immer wieder vom Kanzlerinberater und CDU-EU-Abgeordneten Elmar Brok die Rede. Was man nicht hört, ist, dass er der Mann der Bertelsmann-Stiftung in Europa ist. Wenn man die Politik des Bertelsmann-Informationskonzerns kennt, wundert es nicht mehr, warum Brok so hartnäckig daran festhält, dass der Vertragstext von Lissabon nicht geändert werden dürfe. Genau das müsste er nämlich – aus mehreren Gründen – allen voran dem, dass Demokratie etwas mit Bürgerwillen zu tun hat. Aber dieser steht nicht auf dem Bertelsmann-Programm.

TIEFER GEBLICKT

BERTELSMANN

media worldwide

„Ethischer Imperialismus“

BERTELSMANN UND DIE KONZERNFREUNDLICHE PRIVATISIERUNG

Im Hintergrund die Fäden spinnen

Wie das Bertelsmann-Programm aussieht und umgesetzt wird, zeigt das Beispiel der Gesundheitsreform. Folgt man dem niedergelassenen Arzt Jan Döllein auf seinen Recherchewegen (www.facharzt.de) und seiner Fragestellung, warum die Berichterstattung über die Ärzteproteste zunächst völlig ausblieb und dann nur zaghaft einsetzte, dann stößt man mit ihm zum Themenkomplex „so genannte Gesundheitsreform“ – und auf den Informationskonzern Bertelsmann. Das verblüfft nur noch Outsider. So langsam bricht sich die Einsicht Bahn, dass es beim Aufschrei der Ärzte nicht um den Erhalt von Pfründen geht, sondern um Protest gegen die gezielte Umstrukturierung des medizinischen Versorgungswesens und die Vernichtung unabhängiger Arztpraxen. Unter dem Vorwand, es ginge um „freien Wettbewerb“ und „Effizienzsteigerung“, wird die gesamte Branche so umstrukturiert, dass sie interessant wird zur Übernahme von Großkonzernen. Diese senken dann die Standards, erhöhen die Preise und schöpfen die Gewinne ab. Und das entspricht in der Tat genau der Philosophie der Bertelsmann Think Tanks und ihrer Sprachrohre.

Das Konstrukt der gezielten politischen Einflussnahme besteht aus einem Informationskonzern mit Medienmonopol in immer größer werdenden Teilen der Welt und einer renommierten Stiftung, die nicht nur der Imagepflege dient. Sie dient gleichzeitig als erfolgreiches Steuersparmodell für die weiterhin federführende Familie Mohn und verleiht den „Vorschlägen“ der hauseigenen Politik-„Berater“ einen gewissen

wissenschaftlichen Impetus. Denn Bertelsmann hat es verstanden, durch Forschungsaufträge und ein System der Leistungsvergleiche Innovationsdruck auszuüben: in den Bereichen Medien, Bildung, Arbeitsmarkt, Wirtschafts-, EU- und Militärpolitik – und eben auch im Gesundheitswesen. Der Begriff „Reformstau“ ist zum gefürchteten Etikett geworden und treibt die Politik weiter an, das eigene Grab zu schaufeln. Denn wer die Politik nach großen Konzernen ausrichtet, untergräbt demokratische Prinzipien und schafft sie schließlich ab. Und das geht so:

Alle Mittel der PR kommen zum Einsatz und vor allem das einfachste, die ständige Wiederholung der Heils-spruch „Reform“-Botschaften, die aus vermeintlich verschiedenen Kanälen stammen. Man agiert nicht platt und leicht durchschaubar und so erscheinen etwa im Bertelsmann-Verlag so kritische Bücher wie das Jürgen Todenhöfers *Warum tötet Du Zaid?* oder von Arnims *Die Deutschlandakte*. Man vermeidet also eine zu offensichtliche Parteinahme sowie das allzu öffentliche Auftreten der Strippenzieher. Angesichts der Eigner- bzw. Einflusststruktur verschiedenster Medien wie *Wirtschaftswoche*, *Die Welt*, *Handelsblatt*, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, die *RTL-Group*, *Random House* uvm. sowie entsprechender Institute wie dem *Centrum für angewandte Politik* (CAP), dem *Centrum für Hochschulentwicklung* (CHE) und Stiftungen wie der *Stiftung Wissenschaft und Politik* (SWP) – um nur die prägnantesten zu nennen – sowie Kooperationen mit Stiftungen wie Böckler und Böll, ist die massenhafte Verbreitung der gleichen Neusprech-Formeln garantiert. Da ist

von „Sachzwängen“ und „Reformnotwendigkeit“ die Rede oder von einem „mutigen Sozialplan“, der jedoch vor allem Entlassungen bedeutet mit einer kontinuierlich steigenden Belastung der öffentlichen Kassen und zum ausschließlichen Nutzen von Konzernen. Im Bildungssektor haben nach PISA vor allem Bertelsmann-Evaluationen von Lehrkräften für den nötigen Innovationsdruck gesorgt. Nun wird unter dem wohlklingenden Titel „Eigenverantwortliche Schule“ die Privatisierung der Bildung vorangetrieben. „Eliteförderung“ bedeutet Bildungsabbau für die weniger finanzkräftige breite Masse. „Leuchttürme“ werden ausgezeichnet und als musterhafte Beispiele für weitere PR-Zwecke missbraucht. Davon profitiert dann wiederum die Bertelsmann AG, die klassischerweise im Bildungssektor stark vertreten ist. Das CHE treibt Vergleichbares für die Hochschulen voran, der Beginn war die Einführung von Studiengebühren. Das CHE setzte sich wesentlich für die „Unabhängigkeit“ der Hochschulen ein, d.h. für deren Entlassung aus staatlicher Verantwortung. In Nordrhein-Westfalen schlug sich das im so genannten „Hochschulfreiheitsgesetz“ nieder, womit ein externer Hochschulrat eingerichtet wurde. Das klingt gut und „staatliche Kontrolle“ schlecht. Aber damit ist einer sich bereits abzeichnenden Kommerzialisierung der Universitäten ohne staatliche Einmischung Tür und Tor geöffnet. Die versprochenen Verbesserungen im Lehrangebot blieben auch darum aus, weil die über Studiengebühren eingenommenen Gelder ausschließlich für bestimmte Zwecke ausgegeben

BILDER: DPA

werden dürfen. Die Tarife für Dozenten und Professoren werden bei Neueinstellungen drastisch herabgestuft, was eine Abwanderung der besonders Fähigen in die freie Wirtschaft begünstigt, und so wird die Hochschule in der Tat „effizienter“ – allerdings nur wirtschaftlich gesehen.

Welche Blüten die Entmachtung politischer Entscheidungs- und Kontrollinstanzen im kommunalen Bereich treibt, lässt sich am Beispiel des Bertelsmann-Tochterunternehmens Arvato AG aufzeigen. Es hat sich u.a. spezialisiert auf die Verwaltung bisher öffentlicher Aufgaben in Kommunen, widmet sich also den Einflüsterungen und Gewinnabschöpfungen in Sachen Privatisierung von Wasser, Energie, „sozialen“ Dienstleistungen und ähnlichen offensichtlich ganz einträglichen Agitationsfeldern – denn sonst wären sie für die „Privat“-Wirtschaft ja nicht interessant. So ist auch in Sachen Bahnprivatisierung nach dem gleichen Muster mit Entlassungen, Senkung der Sicherheitsstandards und langfristig steigenden Preisen zu rechnen – nicht zum Nutzen der Bahnkunden. Wenn Gewinn vor Verantwortung gestellt wird, werden die Grund- und Menschenrechte – etwa auf Unversehrtheit – massiv verletzt. Übrigens, auch der Begriff „Privatisierung“ lenkt in die Irre. „Privat“ klingt nach persönlicher Verantwortung und die wäre ja für ein demokratisches System mit selbstverantwortlich handelnden „Leistungsträgern“ gut. Genau das soll aber der angeblich „freie Markt“ nicht ergeben – nicht eigenverantwortliche Unternehmer sollen gestärkt werden, sondern unpersönliche und leichter ausbeutbare Großkonzerne.

Nicht immer gleich auf die USA schießen, wenn es um neoliberale Machtinteressen geht!

Eine dem Sinn nach „selbständigere Leistungsgesellschaft“ verbrämt die Suggestion, dass Entstaatlichung und Stärkung der freien Wirtschaft die Dinge beheben könne, die der Staat angeblich nicht „so effizient“ leistet, die man aber in Wirklichkeit mittels dieses Systems erst geschaffen hat. Denn die Bundesrepublik ist wirtschaftlich gesehen der Gewinner der Globalisierung schlechthin. Man muss sich die Bedeutung des Begriffs „Exportweltmeister“ einmal auf der Zunge zergehen lassen – bei den Menschen hier vor Ort „kommt dieser Aufschwung jedoch nicht an“ und man verschweigt tunlichst, dass die Steigerung von Wirtschaftswachstum angesichts der aktuellen Politik weder Verringerung von Arbeitslosigkeit noch angemessene Entlohnung für geleistete Arbeit nach sich zieht. Die so genannten „Sachzwänge“ zur Senkung von Sozialabgaben sind konstruiert, finanzielle Engpässe viel stärker eine Folge der neoliberalen Interventionen als deren Ausgangspunkt. Das Stichwort „Globalisierung“ eignet sich aber offensichtlich gut als Dämon zum Schüren von Angst, um Bereitschaft für unpopuläre und für wenige profitable Umstrukturierungen zu schaffen, wobei die niedrigeren Löhne nur die Spitze eines riesigen Eisbergs darstellen. Und auch hinter wohlklingenden Kampagnen wie „Mehr Netto vom Brutto!“ mag letztlich die Strategie stecken, die staatlich kontrollierten Sozialabgaben weiter auszuhöhlen und die nicht mehr leistungsfähigen Grundversorgungssysteme dann von

privaten Anbietern übernehmen zu lassen – Aufsichtsratspöstchen winken! Gerade diese Umstrukturierungen lassen die Mittelschicht schrumpfen, die Schere zwischen den wenigen reicher werdenden Reichen und den vielen ärmer werdenden Armen aufgehen und zeigen deutlich, dass sie nicht dem Gemeinwohl, sondern den Interessen derer dienen, die das (finanzielle) Gewicht haben, ihre Berater der Politik „kostenlos“ anzudienen.

Da die hier aufgezeigten Ziele wie maßgeschneidert zu den Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) passen, könnte man zwischen dieser und Bertelsmann eine Verbindung vermuten. Vermuten deshalb, weil Autoren wie die Betreiber von *Artfond.de* sowie Biermann und Klönne diese zwar in ihrem Buch *Agenda Bertelsmann* andeuten, aber einen Beleg etwa durch die Überprüfung von Personalüberschneidungen noch schuldig geblieben sind. Kritische Leser, die sich der Thematik widmen wollen, können mit Ihrer Recherche hier beginnen: <http://www.inism.de>, genauer hier: http://www.inism.de/Reformpolitik/Reform-Chronik_2003.html. Die INSM trägt das „Soziale“ aus Verschleierungsgründen als Namenskomponente, weil es so gut klingt. Aber selbst der Begriff „Marktwirtschaft“ ist eine Nebelkerze, denn von freiem Markt kann langfristig nicht die Rede sein, wenn global agierende Großkonzerne neben der Wirtschaft auch die Politik bestimmen. So wurde die vermeintlich innovative Agenda 2010 maßgeblich von Bertelsmann-Beratern inspiriert. Die Tatsache, dass diese Agenda unter der ehemaligen rot-grünen Regierung ausgearbeitet wurde, spricht die jetzige Regierung von ihrer verantwortungslosen Fortführung des Ausverkaufs Deutschlands übrigens nicht frei.

Die Europäische Union: ein Meilenstein auf dem Weg zu Entstaatlichung und Entdemokratisierung

Dass der Balkankrieg 1999 nicht nur ein Testfall für die NATO, sondern auch für die „Kriegsfähigkeit“ Deutschlands – siehe dazu Jutta Ditfurth *Das waren die Grünen* – und der Europäischen Union war, dürfte sich inzwischen herum gesprochen haben. Angesichts der Erkenntnisse über die Verflechtungen von Bertelsmann sowie anderer weder ge-



wählter noch geprüfter Politik-Berater mit Wirtschaft, Politik und Medien wird auch die Federführung der rot-grünen Bundesregierung in Sachen Kriegstreiberi nicht verwundern. Christoph Hörstel hat kürzlich in einem Vortrag über Afghanistan vorgerechnet, warum der Militäreinsatz dort ein lukratives Geschäft für die kriegsführenden Parteien ist. Rein auf der Basis der Kosten-Nutzen-Rechnung scheint nicht nur dieser

Krieg eine lohnende Investition zu sein – und genau das entspricht den Denkmoldellen der Bertelsmann *Think Tanks*. An dieser Stelle kommt das an der Münchner Universität angesiedelte, aber von Bertelsmann wesentlich geförderte *Centrum für angewandte Politik* (CAP) von Professor Werner Weidenfeld ins Spiel. Die PR-Strategien in Richtung „humanitäres Engagement“ (= Krieg) und die seither immer wie-

der eingesetzten Spins sind dem CAP nicht fremd und aus diversen Strategie-Papieren herauszulesen. 2005 erschien das Papier „Europa vor der Südosterweiterung“, das noch einmal deutlich einen „ethischen Imperialismus“ festschreibt. Auch im Kongo war unsere Bundeswehr nicht aus „humanitären Gründen“ aktiv, sondern unter anderem zur Sicherung des Rohstoffs Koltan, den wir für den Handybau benötigen, und auch hier tauchen in den Beraterstämmen bzw. –texten die bewährten Floskeln zur Akzeptanz einer Militärintervention auf: „humanitär“ und zur „Sicherung demokratischer Wahlen“ und neuerdings schon etwas verräterischer im Begriff „Ressourcensicherheit“. Die aktuelle Politik Deutschlands, eine „verantwortliche Rolle in der Welt“ zu übernehmen, sowie die Festschreibung einer Dominanzpolitik der EU mitsamt der Militarisierungs- und Entdemokratisierungsbestrebungen im so genannten EU-Reformvertrag stammt wieder aus den Federn diverser Bertelsmänner – wenn auch nicht dieser allein.

Das militärkonforme Denken wurde jahrelang vorbereitet und auf entsprechend inszenierten Tagungen mit der zuständigen politischen Prominenz erörtert. Die Anstrengungen in Sachen EU-Ausrichtung dienen also einer „stärkeren Rolle in der internationalen Politik“, bei der Deutschland weder „abseits stehen“ noch zu forsich voranschreiten dürfe, wie die entsprechende politische Prominenz verlauten lässt. Für die Realisierung der Vormachtstellung – auch gegenüber den USA – seien „zukunfts-tüchtige“ Streitkräfte erforderlich. Deshalb enthält der am 23. April durch den Bundesrat durchgewundene „Reformvertrag“ auch entsprechende Passagen zur Aufrüstung. Das ist mit „Schlagkraft“ und „Handlungsfähigkeit“ der EU gemeint, wenn jetzt versucht wird, das Aus für den Vertragstext durch die Ablehnung der Iren zu entwerten.

In den genannten wie weiteren Strategiepapieren wird zudem mehr Kontrolle nach innen und mehr Abschottung nach außen propagiert. Dazu dient auch das Bedrohungsszenario „Migrantenströme“, welche nun „zeitgemäß“ eingedämmt und nicht mehr entsprechend der Gefühlsduselei der Nachkriegszeit gut behandelt werden müssten. Dies entspricht im Groben der NATO-Doktrin von 1999. Um die Veränderungen

im Inneren wie nach außen hin – die sogenannten „Sicherheits“-bedürfnisse – populär zu machen, wird Geld in PR investiert, die uns dann in unseren Medien anspricht.

Am Beispiel der EU wird der Wirkmechanismus der Steuerung der Politik durch wirtschaftliche Strukturmaßnahmen deutlich, wie man aus der Arbeit des *European Round Table of Industrials* (ERT) ersehen kann, dem neben Bertelsmann auch E.ON, Total und Microsoft angehören. Gerade im klassischen Bertelsmann-Bereich der Bildung treibt der ERT es auf europäischer Ebene voran, dass ein Bildungsmarkt geschaffen wird. Aber auch in den Bereichen Energie, Technologie und Stärkung des wirtschaftlichen Wettbewerbs auch in klassischen sozialen Bereichen propagiert der ERT eine klare neo-liberale Politik (<http://www.ert.be>). Bertelsmann sei zwar ein dominanter Lobbyist, aber dennoch nicht alleine und es fragt sich, welche Mittel die Politik zur Eindämmung dieser außerparlamentarischen und an jeder demokratischen Kontrolle vorbei ablaufenden Politikmacher hat bzw. einsetzen will, denn die Politiker lockt kurzfristiger eigener Profit und Renommee.

Global brutal ist hausgemacht

Die globale Ausrichtung des Bertelsmann-Imperiums lässt sich anhand der Existenz des *Bertelsmann Transformation Index* (BTI) ablesen. Mittels des BTI wird die „Reformbereitschaft“ in Entwicklungsländern gemessen, spricht: forciert. Die Eingriffe in die Souveränität der Länder entsprechen denen von IWF und Weltbank, wie man bei Joseph Stiglitz und auch Jean Ziegler nachlesen sowie in Filmen wie *Darwins Alptraum*, *We feed the World* und *Der große Ausverkauf* nachvollziehen kann. Mittels Kreditkonditionen werden die Länder geknebelt, ausgebeutet, mit im Westen subventionierten Produkten überschwemmt und versinken in Abhängigkeit. An diesen Strukturen ist erwartungsgemäß auch bei den jüngsten Beratungen gegen den Hunger in der Welt nichts verändert worden – und dafür werden entsprechend gut dotierte Lobbyisten auch in Zukunft sorgen. Die Namen – Reinhard und Liz Mohn, Werner Weidenfeld und wenige mehr – sollten wir uns gut merken. Wieder einmal wird deutlich, dass unsere Medien

ihrer Aufgabe als Vierter Gewalt immer weniger nachkommen, aber auch, warum sie dieser immer weniger nachkommen können: Die Fünfte Gewalt, die Lobbyisten, hat sie und uns schon gut im Griff. Dennoch zeigen Beispiele wie das von Dr. Döllein, dass man auf die Hintergründe des zerstörerischen Reformwahns stoßen kann. Das Ergebnis klingt nach Thriller: Uns regiert ein Schattenkabinett und echte demokratische Mitbestimmung ist unerwünscht. Und in Bezug auf die medizinische Versorgung heißt das übersetzt: Die bedrohte Versorgung der Bevölkerung – etwa im ländlichen Gebiet – interessiert weniger, sondern die Möglichkeiten zur Gewinnsteigerung für die Anteilseigner. So sitzt – nicht verwunderlich – die nächste Generation, Brigitte Mohn, im Aufsichtsrat der Röhn-Kliniken. Warum wohl? Ob sie sich um die Patienten sorgt? ■

Zum Weiterlesen

Böckelmann, Frank & Fischler, Hersch (2004): *Bertelsmann – Hinter der Fassade des Medienimperiums*. Eichborn-Verlag.

Barth, Thomas (Hg.) (2006) *Bertelsmann: ein globales Medienunternehmen macht Politik*. Anders-Verlag.

Wernicke, Jens & Bultmann, Torsten (Hg.) (2007): *Netzwerk der Macht – Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh*. DbWi.

Biermann, Werner & Klönne, Arno (2008): *Agenda Bertelsmann*. PapyRossa-Verlag.

www.anti-bertelsmann.de

<http://www.artfond.de/reinhardmohn.htm>

<http://www.jhahnke.net/unsoz.html>

www.nachdenkseiten.de

<http://www.lobbywatch-europe.org/de/category/initiative-neue-soziale-marktwirtschaft-insm/>

Blätter für deutsche und internationale Politik: www.blaetter.de

Becker, Jörg u.a. (2007): *Europäische Medienpolitik und ihre Alternativen*. Rosa-Luxemburg-Stiftung.